

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Abgabe (jährlich) mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage...  
Einzelpreis wöchentlich 0,40 RM., monatlich 1,20 RM., Vierteljahr 2,40 RM., Halbjahr 4,80 RM., Jahrespreis 9,60 RM., unter Umständen 2,00 RM. — Einzelgenusspreis: Die 10 gepollenen Blätter monatlich oder beim Namen 12 Blätter, Vierteljahr u. Bestimmung...  
Anzeigen 0,50 RM. Kleinanzeigen: Die 5 gepollenen Blätter monatlich oder beim Namen im Wert 70 Blätter. Preis 1,00 RM. in Breslau 0,80 RM.

Mit den Gratisbeilagen:  
„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Leibzunge“, „Der Jungprolet“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abgabe (jährlich) mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage...  
Einzelpreis wöchentlich 0,40 RM., monatlich 1,20 RM., Vierteljahr 2,40 RM., Halbjahr 4,80 RM., Jahrespreis 9,60 RM., unter Umständen 2,00 RM. — Einzelgenusspreis: Die 10 gepollenen Blätter monatlich oder beim Namen 12 Blätter, Vierteljahr u. Bestimmung...  
Anzeigen 0,50 RM. Kleinanzeigen: Die 5 gepollenen Blätter monatlich oder beim Namen im Wert 70 Blätter. Preis 1,00 RM. in Breslau 0,80 RM.

## SPD.-Führer als Helfer des Bürgerblods!

### Sie lehnen die Listenverbindung mit der KPD. zum Provinziallandtag ab

Die Sozialdemokratische Partei hat, wie sie nunmehr mitteilt, das für die Arbeiter und Niederstufen von der Kommunistischen Partei gemachte Angebot auf Listenverbindung zu den Provinziallandtagswahlen unter der Begründung abgelehnt, daß ein solcher Schritt zurzeit von der „Wählerschaft keinesfalls verstanden werden“ würde.

Breslau, 11. November.

Bezirksleitung Mittel-

find. Zurzeit würde das von unserer Wählerschaft keinesfalls verstanden werden.  
Mit proletarischem Gruß!

Der Bezirksvorstand der SPD.

ges. Macht.

Als vor einigen Tagen das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen bekannt wurde, als sich zeigte, daß der reaktionäre Bürgerblock gesprengt, daß die Berliner Arbeiter eine rote Mehrheit ins Rote Haus geführt haben, da ging durch die Reihen der deutschen Arbeiterschaft ein freudiges Aufatmen. Zum ersten Male seit langer Zeit war die Tatsache zu verzeichnen, daß der reaktionäre Vormarsch zum Stehen gekommen, die Arbeiterschaft einen erfolgreichen Gegenstoß durchgeführt hatte. Und nicht nur in Berlin, auch in Baden forderten die arbeitenden Wählermassen zur gleichen Zeit laut und deutlich: Links Schwank, marsch!

In Schlesien stehen wir für den 29. November vor den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen. Wenn auch der Aufgabenkreis beider Institutionen beschränkt ist, so haben sie doch in hochwichtigen sozialpolitischen Dingen zu entscheiden, in denen bisher eine erreaktionäre Politik auf Kosten der werktätigen Massen getrieben wurde. Das Wahlverfahren steht für den Provinziallandtag die Möglichkeit der Listenverbindung vor. Vor einigen Tagen wurde bereits gemeldet, daß

ein reaktionärer Wahlblock geschaffen

worden ist. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Volksliste haben sich zu einer „Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Die bürgerliche Presse begrüßt diese Einigung freudig. Sie sah in ihr eine Vorbedingung für die Besserung des reaktionären Kampfgeistes im bürgerlichen Lager.

Die Kommunistische Partei — die diesen reaktionären Zusammenschluß vorausah — richtete am 29. Oktober für Mittel- und Niederschlesien einen Brief an die SPD-Leitung (in der vergangenen Woche für Oberschlesien einen sinngemäßen Brief), in dem es u. a. hieß:

In den

Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei

Die bevorstehende Wahl zu den Kreistagen und zum Provinziallandtag wird über die Stärke der Fraktionen in den Kreis- und Provinziallandtagen und damit über wichtige Fragen der Politik — wie die Kreise und die Provinz in der nächsten Zeit verwaltet werden sollen — entscheiden. Sie wird entscheiden, ob wieder wie bisher eine erreaktionäre Politik auf Kosten der werktätigen Massen, oder eine dem Interesse des schlesischen Proletariats dienende Politik getrieben werden soll.

Das Wahlverfahren sieht die Möglichkeit der Listenverbindung vor. Nach unserer Meinung muß diese Möglichkeit ausgenutzt werden, um den Einfluß der proletarischen Schichten und der kleinen Bauern auf die Geschicke der Provinz bis zu einem Maximum zu steigern.

Wir glauben, daß diese Tatsache Ihnen und Ihrer Partei Anlaß sein dürften, nicht nur aufzuhören mit dem Gerede von der „roten Kommunistischen Partei“, wenn Sie sich nicht in der ganzen Welt lächerlich machen wollen, sondern Ihnen auch Veranlassung geben wollen, mit uns gemeinsam zu versuchen, den reaktionären Block im Provinziallandtag und den Kreistagen mit uns zu brechen.

Mit proletarischem Gruß!

Die Bezirksleitung der KPD.

Auf Grund dieses Briefes fanden zunächst in Breslau Besprechungen mit der Bezirksleitung der SPD. statt, in denen ihre Vertreter sich grundsätzlich bereit erklärten, eine Listenverbindung einzugehen, aber darauf hinwiesen, daß die endgültige Entscheidung von ihren Vorständen und im übrigen von der Verhandlung in Oberschlesien abhängig sei.

Die Bezirksleitung gestern folgendes Schreiben:

An die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei

Der Bezirksvorstand unserer Partei nahm in seiner heutigen Sitzung Sie einzu Ihren Angeboten zu Gruppenverbindung zur Provinziallandtagswahl.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, von der Verbindung Abstand zu nehmen.

Maßgebend für diese Stellung war die bis in die letzte Zeit hinein zu beobachtende Taktik Ihrer Partei, die aus Feindschaft gegen die Sozialdemokratie in sehr vielen Fällen mit den Reaktionen gegen uns gestanden hat. Nach verschiedenen Vorgängen auch in den letzten Tagen zeigt sich, daß diese Einstellung auch noch immer vorhanden ist. Dazu kommen noch uns bekannt gewordene Äußerungen eines Ihrer maßgebenden Funktionäre in Oberschlesien, des Herrn Jajia in Gleiwitz, auf einer Konferenz dajelbst, wo er dieses Ihr Angebot nur als ein taktisches Manöver bezeichnete, um die Sozialdemokratie wieder einmal zu entlarven.

Es erscheint dem Bezirksvorstand aus all diesen Gründen zweckmäßiger, wenn wir diesen Wahlkampf ohne jede Bindung allein führen. Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Politik Ihrer Partei in der kommenden Zeit so ist, daß wir, ohne eine Schädigung der Arbeiterklasse solche Bindungen mit Ihnen einzugehen, in der Lage

## Anschlag auf die internationale Gewerkschaftseinheit

(Sig. Drahtber.) London, 10. November.

Nach einem Bericht der Amsterdamer sozialdemokratischen Zeitung „Balk“ hielt der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Dudgeest, am Sonnabend in Amsterdam eine Rede über die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit, in der er den englischen Vertreter und Vorstehenden des I.O.D. Purcell, auf unerhörte Weise angriff. Er bezeichnete die russische Taktik der Einheitsfront als unausführlich und erklärte, Purcell habe kein Recht, als Vorsitzender der Amsterdamer Internationale in der Frage der Herstellung der Einheitsfront mit den russischen Gewerkschaften so zu handeln, wie er es getan habe.

Purcells Betragen auf dem Kongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sei Grund genug, jede Beziehung zwischen Purcell und dem Internationalen Gewerkschaftsbund abzubrechen!

Er selbst betrachte die Politik Purcells für weit verwerflicher, als die vieler Kommunisten. Der Labour-Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian“, der zu der Rede Stellung nimmt, meint, am 1. Dezember werde anlässlich des Kongresses des I.O.D. mit dem englischen Gewerkschaftsrat die Möglichkeit vorhanden sein, diese Streitfrage auszusprechen. Der scharfe Ton der Kritik von Dudgeest lasse auf seine Zuversicht schließen, daß die linke Flügelpolitik Purcells und seiner radikalen Freunde ihrem Ende zugehe und daß die englische Gewerkschaftsbewegung nicht, wie es die kontinentalen Führer bisher fürchten, sich in Verwickelungen mit den russischen Gewerkschaften einlassen werde, die eine Spaltung der Amsterdamer Internationale herbeiführen könnten. Seit langer Zeit bemühte sich Dudgeest und die übrigen rechten Amsterdamer Führer, die Vereinigung mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund herbeizuführen. Der Kongress in Atlantik-City habe bewiesen, daß Amerika dem I.O.D. nicht beitreten werde, solange eine Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Amsterdam und Moskau bestehe. Die englische Gewerkschaftspolitik, die Purcell in Atlantik-City dargelegt habe, sei entschieden abzulehnen worden und er und seine Kollegen im Generalkomitee der Trade-Union hätten nun zu entscheiden, ob sie ihre bisherige Agitation weiter betreiben oder damit aufhören wollten, um einen Bruch mit der Amsterdamer Internationale und das Verbleiben der amerikanischen Gewerkschaft in ihrer Isolierung zu vermeiden.

Damit ist die Listenverbindung zu den Provinziallandtagswahlen gescheitert, gescheitert, das stellen wir hiermit vor der gesamten schlesischen und ober-schlesischen Arbeiterschaft fest, durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei. Zwei Gründe gibt die SPD für diese Weigerung an, deren jeder charakteristisch ist für den Geist der Führer der Sozialdemokratie: Zunächst vertritt sich der Brief der SPD. hinter eine angebliche Äußerung des Genossen Jajia, für die jeder Beweis fehlt. Aber selbst, wenn Jajia sie getan haben sollte, so ist auch der SPD. bekannt, daß Jajia nicht der Leiter der ober-schlesischen Partei ist. Die SPD. bleibt bei ihrer alten Methode: Früher war es ein mysteriöser Turkestaner, heute muß eine fragwürdige Äußerung irgendeines kommunistischen Parteimitgliedes herhalten.

Aber dieser Grund ist wohl nur vorgeschoben. Deutlicher wird der Brief im Schlußabsatz, wo es heißt: „Zurzeit würde das von unserer Wählerschaft keinesfalls verstanden werden.“ Diese Behauptung ist eine unerhörte Beleidigung der sozialdemokratischen Arbeiter. Herr Macho und seine Kumpane behaupten also, die sozialdemokratischen Arbeiter würden die Herstellung einer proletarischen Einheitsfront nicht verstanden haben. Diese Unterstellung müssen die SPD-Kameraden entschieden von sich weisen. Wir wissen, daß alle Klassen-genossen im Betrieb auf die Herstellung eines roten Kampfblocks gewartet haben. Und wir zweifeln nicht daran, daß sie ihrer Partei unzweideutig über deren Sabotage die Meinung sagen werden.

Denn die Ablehnung einer Listenverbindung zur Provinziallandtagswahl, hat ein eminent politisches Gesicht. Zahllos wären die Aufgaben, die ein Arbeiterblock im reaktionären Kugelschloß zu erfüllen hätte. Wir wollen nur ein paar herausgreifen:

- Reinigung aller Verwaltungsbehörden der Provinz von den reaktionären höheren Beamten.
- Kampf gegen Schulreaktion.
- Einrichtung von Kostendarstellungen.
- Übernahme der in der Provinz stillgelegten Betriebe durch die Provinzialbehörden und deren Kontrolle durch die Betriebsräte zur Beförderung der Arbeitslosigkeit.
- Abbruch von Lieferungsverträgen mit Sowjetrußland für diese Betriebe.
- Zinslose Kreditbeschaffung für die Kleinbauern.
- Beschaffung von Finanzmitteln für die Gemeinden, zur Hebung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum.
- Unterstützung der Opfer des Krieges und der Arbeit durch ausreichende finanzielle Hilfe, Lebensmittelversorgung usw.
- Ausbehebung der bestehenden und Neubau von Kränken, Häusern, Kinder- und Wägenwerkstätten für die Werktätigen und deren Angehörige.

Indem die sozialdemokratische Partei die Herstellung einer geschlossenen Kampffront der Arbeiterschaft verhindert, sabotierte sie eine Verstärkung des Einflusses der Arbeiterschaft, sabotierte damit die Durchführung der obigen Forderungen. Die Ablehnung der Listenverbindung ist nichts anderes, als eine direkte Unterstützung des reaktionären Bürgerblods. Die sozialdemokratischen Führer, die dafür verantwortlich sind, sind damit im wahren Sinne des Wortes zu Verbündeten, zu Helfershelfern der Reaktion geworden!

Die sozialdemokratischen Arbeiter rufen wir auf, daraus ihre Konsequenzen zu ziehen. Es wäre gemäß falsch, zu behaupten, die schlesische Arbeiterschaft hätte bei den Provinziallandtagswahlen einen „Sieg“ erlangen können. Es gibt nur einen Sieg des Proletariats, den Sieg der Arbeiterklasse über die Ausbeuterklasse, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Aber die Provinziallandtagswahlen hätten immerhin eine Stärkung des Zusammenschützigkeitsgefühls, eine Stärkung des Kampfsinnes, eine Stärkung des Einflusses der Arbeiterschaft bringen können. Und das haben die Führer der Sozialdemokratie Schlesiens durch ihre Sabotage verhindert!

Trotzdem rufen wir die sozialdemokratischen Arbeiter, die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Parteien auf, gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassenkämpfern am 29. November einen mächtigen Schlag zu führen gegen die reaktionären Bürgerblods und die Arbeiterpartei, indem sie mit uns

für die Liste der kommunistischen Partei!

# Was tun gegen die Preistwelle?

## Eine ernste Frage an die Gewerkschaften

Die Unternehmer können jede Verringerung der Arbeitskraft ab, die sie nicht will, weil sie zu höheren Produktionskosten in der Lage sind, sondern aus reinem Selbstinteresse wollen sie die Löhne niedrig halten, um das Preisniveau zu berechnen, nicht nur, weil sie das Preisniveau so viel besser ausbilden läßt, sondern auch, weil das Lohnniveau bei der Kalkulation der Arbeit die schwerste Schmuckfäule auf dem Weltmarkt betreiben können.

Su dieser Zeit aber führen die Kartelle im Inlande eine energische Vertriebspolitik durch, die mit großen Ziffern an gewöhnlichen Preissteigerungen verbunden ist. Haben doch eine ganze Reihe von Verbänden die Preise fast zu der Zeit erhöht, wo die Preissteigerungen in Kraft treten sollte. Die Vereinigung der Süddeutschen Stahlwerke hat seit am 4. Oktober den Preis um 150 M für 100 Kilo Stahlblech erhöht. Seitdem sind die Preise der Stahlwerke...

Wie die Arbeiterbewegung sich dem 1. Oktober entgegen stellt, hat jede Gewerkschaft erfahren müssen.

Die Preise sind sie um zehn Prozent gestiegen, für Gemüse um drei Prozent und für Fleisch um vier Prozent. Und das ist in die Monate September und August zurück, dem er sich folgende Käufer-Ziffern wurde von 134 auf 140,50 M für 100 Kilo, erhöht. Hüttenwehler von 71 auf 76,50 M und Hüttenblech von 70 auf 75,50 M.

Die Unternehmer haben sich nicht im geringsten um die Preissteigerungen der Regierung gekümmert. Aber die Arbeiter haben darüber reden müssen. Jede Lohnforderung, die sie stellen, ist mit dem Hinweis auf den Preisabfall abgelehnt worden. Regierungen, Kommunisten und Unerschrockene sind in der Hand in Hand gegangen. Die arbeitslosen Arbeiter haben schließlich gefordert, die entwerfen die höchsten Löhne noch vorzuschicken oder keine Lohnsteigerung bringen, weil die Regierung in ihren Maßnahmen nicht gefordert sein wollte.

Was aber haben die Gewerkschaften getan? Sie haben darauf verzichtet, gesetzlich und die Arbeiter beschützt. Bei den Verhandlungen wurde höchstens ein Teil der Aufpreis, der von unten kam, keinen Widerstand. Hier hatte man sich ebenfalls darauf eingestellt, die Regierung in ihren Maßnahmen nicht zu stören.

Die Preissteigerungsaktion ist überhand. Die Regierung erwacht nicht mehr. Was werden jetzt die Gewerkschaften tun? Was werden sie noch in der Zukunft zu tun haben, wie mit der Arbeiterbewegung zusammenarbeiten wird? Wenn die Führer jetzt noch nicht wollen, dann müssen sie von den Arbeitern dazu gezwungen werden.

Dabei muß sich aber auch jeder Arbeiter im Klaren sein, daß, wenn der Kampf gegen den Preisanstieg, für bessere Löhne und für den Achtungserfolg erfolgreich geführt werden soll, die Gewerkschaften eine bessere Organisation brauchen. Sie müssen sich wieder zu Organen des Klassenkampfes gemacht, das heißt die Parole für jeden Arbeiter sein, der seiner Organisation heute noch fern steht. Dazu gehört noch, daß die Beziehungen auf Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit mit allen Nachdruck gefördert werden. Die Tatsache, daß, wie oben dargestellt, die Unternehmer des In- und des Auslandes in dem Bestreben, Gewerkschaften durch Schatzkassen auf Kosten der Arbeiter zu zerschlagen, ihre eigenen Arbeiter gegen einander auszuhebeln, beweist, wie dringend notwendig die internationale Verständigung der Arbeiter ist.

## Deutsche Hungerlöhne zur Begründung englischer Schutzölle

Berlin, 10. November.

In London tagen gegenwärtig englischen Blättermeldungen zufolge mehrere Ausschüsse, die sich mit der Einführung von Schutzölle beschäftigen. Am meisten interessiert uns an diesen Beratungen ein Antrag der Sheffielder Industrie, der die Einführung des Schutzölles auf Metallschmelzwaren damit begründet:

Daß in Deutschland die Arbeitslöhne sehr niedrig und die Arbeitszeit sehr lang sei, wodurch die deutschen Exporteure in die Lage versetzt würden, ihre Waren billig auf dem englischen Markt zu bringen.

Kaum ist die Begründung der englischen Schutzölle bekannt geworden, und schon erheben die deutschen Gewerkschaften in ihren Fachblättern ihre Stimme, um zu erklären, daß das alles Schwindel sei. In Deutschland wären die Löhne nicht niedriger und die Arbeitszeit nicht länger als in England. Um Gegenteil umgekehrt sei es richtig, dabei denken sie sich auf die Verhältnisse in der Solinger Industrie. Hier sollen die Spitzenlöhne der Arbeiter 150 Mark die Woche betragen, der Stundenlohn 1,80 Mark und noch mehr. Auch werde nur 48 Stunden in der Woche gearbeitet.

Man sieht, wie die Unternehmer auftragen könnten, wenn im Ausland Maßnahmen ergriffen würden, die sich gegen sie wenden. Dann läßt sich der verhängnisvolle deutsche Preis ein verschwindendes Wohlleben. Aber daß man gerade die Solinger Arbeiter genommen hat, um daran zu beweisen, wieviel der deutsche Arbeiter verdient, das ist doch ein starkes Stück. Im Solinger Bezirk wird zurzeit bei den meisten Firmen kurz gearbeitet. Zweitens ist die übergehende Mehrzahl der Arbeiter, und während dies herabzu sinken und wie gut es ihnen geht, hat man ja vor gar nicht allzu langer Zeit auf der Berliner Halmarbeiterausstellung erfahren.

Die Unternehmer aber machen daraus 150 Mark. Die Industrie hat nach Schluß der Verhandlungen gerufen Sie wollen sie haben, damit die ausländische Ware nicht auf den deutschen Markt kommt. Sie selbst wollen aber nach dem Ausland ausführen und dort mit billigen Angeboten konkurrieren machen. Nun ist das Ausland dagegen schuldig, weil sie jetzt mit einemmal Preis und Werdlo.

Die Industrie hat nach Schluß der Verhandlungen gerufen Sie wollen sie haben, damit die ausländische Ware nicht auf den deutschen Markt kommt. Sie selbst wollen aber nach dem Ausland ausführen und dort mit billigen Angeboten konkurrieren machen. Nun ist das Ausland dagegen schuldig, weil sie jetzt mit einemmal Preis und Werdlo.

## Das Fleisch wird billiger — aber erst im Frühjahr

Berlin, 10. November.

Eine verlockende Aussicht eröffnet laut der nächsten Ausgabe der „Tag“ das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die letzten hohen Fleischpreise sollen für die Landwirte den Anreiz geben, mehr Jungvieh, besonders Schweine, aufzuzüchten. Aus diesem Grunde soll auch der von der mittleren Preisprüfungsstelle ergangenen Anregung, das für die Einfuhr zugelassene Jahreskontingent von 90 000 Tonnen Gefrierfleisch zu erhöhen, nicht entprochen werden, zumal das Gefrierfleisch keinen bemerkenswerten Einfluß auf die Senkung der Fleischpreise ausübt.

Repteres ist durchaus richtig. Das liegt aber nur daran, daß die Behörden für Gefrierfleisch keine Höchstpreise festgesetzt haben. Exporteure und Zwischenhändler stecken hier ungeheure Gewinne ein. Und es finden sich andere Behörden wie die polizeiliche Handelsverwaltungsstelle, die hier Verordnungen von 300 Prozent durchaus für angemessen hält. Man sieht daran, welche merkwürdigen Blüten die Lutherische Preisabbau-Aktion trägt.

Aus der Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft geht auch klar und deutlich hervor, daß er sich lediglich für die Ernährung des deutschen Kind- und Vorkindvieh interessiert, resp. für diejenige der Züchter, d. h. der Hochagrare. Woher der Minister die notwendigen Kräfte für seine schwere Arbeit nehmen soll, kümmert unsere Organe nicht im geringsten. Die Hauptfrage, daß das Rindvieh gedeiht, — Andererseits ergibt sich aus den Verlautbarungen, daß man nunmehr auch offiziell das Scheitern des Preisabbaus — der bekanntlich am 1. Oktober begonnen sollte — zugestehen. In den Regierungskreisen, die diesen Bluff in die Welt hinausschleichen, hat natürlich niemals ein Mensch selbst daran geglaubt. Glaubt an diesen Schwindel haben überhaupt nur jene Rindviehzüchter, die einzig aller Fleischverknappung niemals alle werden, da sie durch die bürgerliche Presse täglich neu gefolgt werden.

Der englische Gewerkschaftsbund im Werden!

Aus London wird uns geschrieben: Die Statuten des Gewerkschaftsbundes, an dessen Aufbau und Festigung seit dem letzten großen Erfolg im Bergarbeiterstreik ihrer gearbeitet wurde, sind jetzt von einer Ver-

treterkonferenz der beteiligten Gewerkschaften mit kleinen Änderungen angenommen worden. Das Bündnis umfaßt die Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und Maschinenbauer, der Schiffbauer und der Arbeiter der Metallindustrie und aller Transportarbeiter (Seefahrer, Eisenbahner) mit Ausnahme der Nationalen Eisenbahnen, in der die Thomas und Cramp noch so viel Einfluss haben, um die Einheit zu sabotieren. Als Zweck des Bündnisses wurde festgelegt:

Die Schaffung des Gewerkschaftsbundes soll ein Mittel sein zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe einer oder aller Gewerkschaften

1. bei der Verteidigung der Arbeitszeit und des Lohnstandards,
2. bei der Durchsetzung der Verteidigung eines lebenswichtigen Interesses in einer Industrie,
3. bei der allgemeinen Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und industriellen Angelegenheiten, wie sie sich von Fall zu Fall ergeben."

Als Mittel sind vorgesehen: finanzielle Unterstützung, teilweise Sympathie- und Generalstreiks. Die beteiligten Gewerkschaften werden in der nächsten Zeit Vollbeiräte treffen, um ihre Statuten so zu ändern, daß sie mit den Statuten der Gewerkschaftsbund im Einklang stehen. Man glaubt, daß es im Januar bereits möglich sein wird, das Bündnis offiziell zu unterzeichnen.

Der Sekretär der Bergarbeiter, Coal, gab seiner Liebeszeugung Ausdruck, daß der neue Bund für alle vorkommenden Fälle wohlgerüstet sei. Die Nationalen Eisenbahner-Union sei die einzige der eingeladenen Organisationen, die nicht beizutreten, alle anderen seien dazu bereit. Sobald die nötigen Formalitäten durchgeführt seien, sei der Kampfhand geübt.

Die bürgerliche Presse nimmt die Meldungen über den Zusammenstoß mit merkwürdigen Mißbegreifen auf und versucht die Bedeutung der Thomas-Gesellschaft Sabotage zu vergrößern — ein Zeichen, wie sehr sie und die Bourgeoisie die Einheitsfront des Proletariats fürchten und wie die Sabotageakte der Thomas und Cramp von ihr begrüßt werden.

## Wo bleibt der Prozeß gegen die RPD-Zentrale?

1926 oder überhaupt nicht?

(Eig. Drahtb.) Berlin, 10. November.

Die bestorientierte „Leipziger Volkszeitung“ berichtet: Wie wir zuverlässig erfahren, beginnt der Prozeß gegen die Zentrale der RPD, der seit einem halben Jahre immer wieder verschoben wurde, auch am 16. November noch nicht. Unerwartete Schwierigkeiten, die sich der geordneten Durchführung der Verhandlung entgegenstellten, sind Schuld an der neuen Verzögerung. Es befindet sich nur ein Angeklagter in Haft, drei sind in Moskau und vier genießen den Schutz der Immunität als Reichstagsabgeordnete. Der Prozeß, zu dem riefenhafte Vorbereitungen geleistet wurden, dürfte nun erst 1926 steigen aber wohl ganz unterbleiben.

Je näher der Zentralprozeß rückt, um so klaglicher wird die Haltung der Bourgeoisie, die diesen Prozeß auf so großer Rebe und großen Hoffnungen aufgezogen hat. Das Spitzmaterial des Staatsgerichtshofes ist widersprüchlich und unsinnig. Seine Wirkung wird eine einzige Plamage des Staatsgerichtshofes und eine neue Propagandaangelegenheit unserer Partei gegen die Klassenjustiz und seine Ordnung, die Niedrigkeit, sein. Um so unerhörter ist das Justizverbrechen der Fortdauer der Untersuchung des Genossen Lindner, gegen dessen Freilassung die Reichsanwaltschaft noch immer Widerspruch leistet. Wir verlangen, daß endlich die Verschleppung des Verfahrens beiseite und die Vollamnestie beschlossen wird.

## Fememörder werden nicht

In der Döberitz-Fememörderaffäre ist eine Haftentlassung zu erwarten. Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Gaeßler ist der ehemalige Angehörige der Formation von Senden, der Fähnrich Helmut Weder, ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt worden, da angeblich bei ihm Verdunkelungsmaßnahme nicht mehr besteht.

## Von Lina zu Lina...

Roman einer Frau — Der Malk-Verlag, Berlin

81 Von Anna Meyenberg — Der Malk-Verlag, Berlin

Der einen Frau schnitt er ein Geschwür an der Hand auf, ein Mann wurde an Kropfe gekümmert und verbunden und ein Mädchen an der Nase operiert. Und alle schrien und jammeten. Mir wurde ganz schrecklich und abel und Mutter hielt immer meine Hände fest und lästerte: „Habe nur Mut, mein Kind, mit Dir wird es sicher nicht so schlimm sein.“ Schließlich kam ich wieder an die Reihe.

Der Arzt hingelte seinen Assistenten, der brachte eine große Schüssel, einen Gummihandschuh und viele kleine Instrumente, bei deren Anblick ich zu jammern anfing. Der Gehilfe nahm meinen Kopf in seinen Arm, umarmte meine beiden Handgelenke und hob meine Arme ganz hoch nach links hinüber.

„So, nun recht ruhig und artig sein“, sagte der Arzt, „es ist ja nur ein kleiner Nadelstich.“

Dabei stieß er mir auch schon das Ding in die Rippen, daß ich meine Rippen zu müssen.

„Aha! da haben wir's ja“, rief der Arzt und hielt eine kleine Glasröhre hoch, die ganz voll gelber Flüssigkeit war. Dann bohrte er mir ein fingerdickes Instrument zwischen die Rippen und ehe er noch den Gummischlauch befestigen konnte, sprang ein Wasserstrahl hoch im Bogen durchs Zimmer.

Schnell war der Schlauch angebracht und das Wasser ließ unaußfaham in die Schüssel. Ich wollte schreien, ich wollte atmen, aber nur kurzes Köcheln kam aus meiner Brust und das Instrument schien mir die Lunge zu durchbohren.

„Sagen Sie mal, liebe Frau, wie alt ist denn das Kind?“

„Es wird fünfzehn, Herr Doktor.“

„Fünfzehn? — Mein Gott, ist das Kind schlecht entwickelt für sein Alter. Wie lange ist es denn schon krank?“

„Ja, es hat schon lange gekümmert, aber daß es so etwas war, hätte ich nie gedacht.“

„Es war die böseste Zeit, daß Sie kamen. Hätten Sie noch vierundzwanzig Stunden gewartet, wäre die Kleine verloren gewesen. Hat sie denn schon gearbeitet? Die Kräfte scheinen ja ganz verbraucht zu sein.“

Da erzählte Mutter in kurzen Worten von all den schweren Tagen und den langen Nächten, die ich am Weibstube verbracht hatte.

Und während mich der Doktor dann verband, sprach er immer wieder auf meine Mutter ein: „Also, jetzt heißt es vor allen Dingen: gute Pflege und wenn die Kleine erst wieder aufstehen kann, viel frische Luft.“ Mit dem Weibstube ist es aber vorbei. Lassen Sie das Kind eine leichte Beschäftigung lernen.“

Dann schrieb er Rezepte, gab meiner Mutter Anweisungen, dann wurde ich wieder auf den Wagen getragen.

Langen Wochen lag ich in Schwelppackungen oder heißen Salzwaschungen und mein Körper war wie verbrüht. Die Haut schälte sich in großen Flöden ab und die zarte Haut, die darunter lag, wurde wieder verbrüht.

Ich schrie und wehrte mich gegen diese Behandlung und die graufamen Schmerzen, aber Mutter sagte immer, es müßte so sein, sonst sammle ich wieder Kasser in der Gasse, dann müße ich sterben. Da hielt ich trotz der großen Schmerzen still.

In diesen langen Wochen lernte ich wieder mit Puppen spielen. Ein hübscher ausgefärbte Schafwolle, ein paar bunte Fäden, daraus drehte ich mir das schönste Püppchen zurecht und Mutter freute sich immer, wenn ich so geduldig war und lobte mich, wenn Leute kamen.

Mein Lehrer war auch gekommen und die Frau Lehrerin brachte mir Zappel und kräftige Suppen. Auch meine Vate brachte mir Milch, Butter und Honig. So wäre es mir eigentlich ganz gut ergangen, wenn die Schmerzen nicht gewesen wären.

Aber auch das Schlimmste geht vorüber, und auch mein Zag kam, an dem ich wieder aufstehen durfte.

Als der Frühling ins Land zog, verließ ich die schützenden Wände, die mir bis dahin meine Heimat, meine Welt gewesen waren und mein Mütterlein blieb ganz allein.

Ihre Worte, als sie mich zum Besuche begleitete, blieben mir zuhause im Herzen, und ich sah ihre Sinn einmal in späteren Jahren in einige Worte zusammen:

„Seh wohl, mein Kind! Du bist das letzte Pfand, das mich noch mit dem Leben eng verband.“

„Und waren auch die Sorgen oftmals groß.“

„Ich hielt Euch doch beglückt in meinem Schicksal.“

„Und nach dem andern von dem Mädchen laß, die flüchtige Vogel von dem warmen Nest.“

„Wo mild und schwach die abgeheute Mutter, da liegen sie und suchen selbst ihr Futter.“

„Tschälchen fliegt nun fort, in ferne Weiten —“

„So sich kein Mütterlein Dir wird entgegenbreit —“

In der Fremde Ich reiste nicht in irgend ein Sommerbad zur Erholung, nach der schweren Krankheit, ich wurde auch nicht auf höhere Schule geschickt, um meinen Lerntrieb zu befriedigen — nein, für solche Wege hatte Mutter die Mittel nicht.

Arbeitsstunden mußten arbeiten, selbst dann, wenn sie schon den Todesturm im Herzen trugen.

In einem hüringer Industriestädtchen hatte ich durch einen Agenten in einer Fabrik Arbeit bekommen.

Nun stand ich täglich zwischen den Spinnmaschinen von morgens sechs bis abends sechs Uhr, eine Stunde ausgenommen, die wir zu Mittag frei waren.

Meine Fingerfertigkeit, die ich mir schon beim Weben angeeignet hatte, kam mir hier gut zu nützen und ich verdiente bald mehr als die anderen Mädchen in meinem Alter.

Der Agent, der mich angeworben hatte, hatte mir auch gleich Unterkunft angewiesen. Es war ein feines Mädchenheim, das eine verwitwete Walfrauenfrau hielt und jungen, arbeitenden Mädchen gute und billige Verpflegung gab.

Und ich muß gestehen, die Verpflegung war gut. Ich nahm in jenem Hause zu an Körper und Geist, denn mir wurden nach getaner Arbeit wie in einer Fortbildungsschule im Nähen/Handarbeiten und Literatur unterrichtet und so streng zur Ordnung angehalten, daß die beste elterliche Erziehung nicht besser auf ein junges Gemüt hätte wirken können.

Nach einigen Wochen hat ich meine Schwester Guste, auch dorthin zu kommen. Und sie ließ gar nicht lange auf sich warten, denn ich hatte alles so verlockend geschildert.

Nun arbeiteten und strebten wir zusammen und jeden Monat ging ein Teil unseres Verdienstes per Postanweisung nach der Heimat zu unserem lieben Mütterlein. So verging ein ganzes Jahr.

Meiner Schwester wurde auf die Dauer das Leben zu einseitig, vom frühen Morgen an der schlecht beleuchteten Maschine zu stehen und abends nur müde aufs Bett zu sinken, um am nächsten Morgen dasselbe Trauerspiel zu beginnen. Da nahm sie eines Tages Stellung nach Hannover an, wo unsere Schwester Guste war. Allein wollte ich nicht dort bleiben und fuhr mit ihr fort — nach Hause zur Mutter.

Da ich nicht müßig und ohne Verdienst dahelst sein konnte, bestieg ich wieder den Webstuhl, der noch am alten Plage stand, trotzdem es nicht meinen inneren Wünschen entsprach.

(Fortsetzung folgt.)

# Parlamentswahl in der Tschechoslowakei

## Bilanz der „nationalen Koalition“

(Von unserem tschechischen Korrespondenten.)

Prag, 10. November.

Am Sonntag, den 15. November, finden in der Tschechoslowakei Wahlen zum Parlament und Senat statt, die nach vierjähriger Herrschaft der großen Koalition interessante Aufklärungen über die Entwicklung der Klassenverhältnisse geben werden. Der letzte Wahlkampf ist in geradezu klassischer Schönheit das Gedächtnis, das sich Sozialistische Arbeiterinternationale nennt. Die tschechische Sozialdemokratie als Bestandteil der herrschenden Nation hat fünf Jahre lang als weitaus stärkste Koalitionspartei mitgeherrscht, die nationale Opposition zu unterdrücken und ist dabei selbst mit ihren deutschen, magyarschen und polnischen „Brüderparteien“ in tiefsten Konflikten geraten. Man erinnert sich noch an die Ständebühnen auf dem Kongress der Zweiten Internationale in Marseille, wo deutsche Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei Mahnungen über die Unterdrückung der nationalen Minderheiten unter dem Hauptbegriff ihrer „nationalen Interessen“ vor sich gehen, unter dem Kongresspräsidenten verteilten und die Tschechen empört entgegneten. Im Hause wurde dann dieser Kampf unter reichlichem Aufwand der feinsten Schimpfwörter weiter ausgetragen. Zusammenhalt und Klassenbewusstsein dieser treuen Mitarbeiter der „Internationalen“ sind so groß, daß in diesem Wahlkampf die politischen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei ein Wahlbündnis mit den übrigen nationalenpolitischen bürgerlichen Parteien abgeschlossen und eine gemeinsame Liste eingereicht haben.

Die bürgerliche Hauptlösung des Wahlkampfes ist die Aufrechterhaltung der bis herigen tschechisch-nationalen Regierungskoalition aus Nationaldemokraten, Agrariern, Liberalen, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Ein prächtiges dem „deutschen“ „Heimatsdienst“ wurde für die Koalitionsparteien eine gemeinsame Wahlklasse eingerichtet, mit deren Hilfe jede gegnerische Propaganda totgeschlagen werden soll. So bestellte die Regierung in einer Preßbürger Druckerei für die Slowakei 52 Millionen Wahlflugblätter. Da die Slowakei rund 4 Millionen Einwohner hat, kommen 13 Flugblätter auf jeden Einwohner! Woher die Mittel dazu kommen, enthält unser Reichenderger Bruderorgan, der „Vorwärts“, indem er ein streng vertrauliches Rundschreiben der tschechoslowakischen Textilindustrieverbandes an seine Mitglieder veröffentlicht, welches unter Berufung darauf, daß die Regierungsparteien zur Beibehaltung ihrer Position sich aller Mittel bedienen müßten, jedem Fabrikanten den Betrag von 500 Kronen für die gemeinsame Wahlklasse der Koalition, aus der natürlich auch die Sozialdemokratie gespeist wird, zur Zahlung vorschreibt.

Mußtatt zu den Wahlen war seit Monaten schärfste Verfolgung der kommunistischen Partei. Bittere Polizeiausweisungen gegen demonstrierende Arbeitslose gaben zu Massendemonstrationen Anlaß. Bezüglich der Verletzung in die Partei geschickte Spione verurteilten zusammen mit einer Clique von rechten Liquidatoren eine schwere Krise, in deren Verlauf die Partei sich einiger Abgeordneter und Senatoren entledigte, welche eine „unabhängige kommunistische Partei“ aufhoben, die jetzt zusammen mit rufführenden Papen in den Wahlkampf geht. Nach ganzlichem Fehlschlag der Spaltungskampagne sollte der Partei durch einen Prozeß gegen einige Zentralmitglieder der Rest gegeben werden, welche der Spionage zugunsten Sowjetrußlands angeklagt wurden. Nach einem Massenaufgebot von Spionen und Sachverständigen war die Blamage der Regierung so groß, daß sie den Prozeß „auf unbestimmte Zeit“ vertagen lassen mußte, um nicht vor den Wahlen die angeklagten Genossen freisprechen zu müssen.

Vor einem Jahr hat die Koalition durch die Wahlen in Karpathenrußland eine deutsche Antwort auf ihre Politik bekommen.

In diesem nach den schlimmsten kolonialen Methoden ausgebeuteten und gereinigten Land wurde die RSDAP, trotz des nach künftigen sozialistischen Vorbild herrschenden Gen darmenterrors die stärkste Partei. In den letzten Wahlkampf geht die Partei trotz weissen Terrors und Korruption der tschechischen Parteien, trotz der eben durchgeführten schweren inneren Krise mit dem Bewußtsein, jederzeit der revolutionäre Volkstrupp des Proletariats gewesen zu sein. Trotz ihrer Zerschlagung aus sechs Nationen ein einheitlicher, geschlossener Körper, wird sie zu liegen verurteilt.

## Die Revolutionsfeiern in Moskau

### Teilnahme der gesamten werktätigen Bevölkerung

(Eigener Bericht)

Moskau, 11. November.

Am Tage der Revolutionsfeier war in Moskau eine internationale Arbeiterjugenddelegation, bestehend aus 13 Deutschen und 2 Belgieren, eingeladen. Der deutsche Teil der Delegation besteht aus 7 Sozialdemokraten, 3 Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes und 2 Mitgliedern des Jungarbeiterverbandes; der belgische Teil aus 2 Mitgliedern des RSDAP, zahlreiche Abgeordneten der Moskauer Arbeiterjugend bezeichnen die Delegation. Hausstein-Deutschland führt den Vorsitz der Delegation.

Die Arbeiterjugenddelegation sowie die norwegischen und dänischen Arbeiterdelegationen und Vertreter der Roten Frontkämpfer, ferner Teilnehmer der in Moskau tagenden Internationalen Textilarbeiterkongresse nahmen an den feierlichen Veranstaltungen aus Anlaß des achten Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau teil. Die Delegationen sowie eine Abordnung der revolutionären Kantonalregierung und der RSDAP-Sana-Partei mit dem Generalsekretär Schuchman an der Spitze wohnten der feierlichen Sitzung der Moskauer Sowjets und des Gewerkschaftsrates unter Teilnahme von Abordnungen aus den Betrieben und von Bauern im großen Stadttheater bei.

Am 11. Tag der Oktoberfeier, an der hochstäblich die gesamte werktätige Bevölkerung Moskaus in Riesenmengen teilnahm, fand ferner auf dem Roten Platz am Lenin-Mausoleum vor einer hunderttausendköpfigen Menge die feierliche Uebertragung einer Fahne des deutschen Roten Frontkämpfer-Verbandes an das Moskauer Proletariat statt. So war übermüht in feierlicher Eigenschaft als Ehrenmitglied des Roten Frontkämpfer-Verbandes die Fahne Michailow, Sekretär des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei Rußlands, verlas ein Schreiben des deutschen Roten Frontkämpfer-Verbandes, in dem unter anderem gesagt wird: „Der Frontkämpfer-Verband, der in stürmischen Tagen sich das Vertrauen und die Liebe breiter proletarischer Schichten Deutschlands erwarb, lenkt dem Moskauer Proletariat zum achten Jahrestage seiner glorreichen Revolution ein Banner als Zeichen revolutionärer Klassen-solidarität und Treue, die die deutsche und russische Arbeiterklasse verbindet. Entrollt dieses Banner am Grabe Lenins als Zeichen dafür, daß Millionen deutscher Arbeiter bereit sind, gemeinsam mit euch die Sache des großen Völkervortreffens zu verteidigen. Dem imperialistischen Locarno-Planen werden wir den freien Bund eines unabhängigen sozialistischen Deutschlands mit dem ersten proletarischen Staat entgegenbringen. Wir stehen euch über die Grenzen hinweg die Bruderhand. Das laienbewußte Proletariat wird den Kapitalismus besiegen und das rote Siegesbanner entrollen. Es lebe Lenins Werk! Es lebe der erste proletarische Staat der Welt!“

## Berurteilung französischer Kommunisten

Paris, 10. November. (Sig. Draht.) Das Kriegsgericht hat fünf französische Kommunisten, darunter den Chef der Arbeitervereinigungen Genossen Kommandeur, wegen kommunistischer Propaganda unter den Truppen und Aufzettelung zum Angehörigen an vier bis acht Monaten Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt.

## Die Nichttaktik

28. Oktober abends. Arbeiterrat: Auf Antrag 2.5 für 3. 11. Tagesversammlungen mit Demonstrationen beschließen für den Fall, daß keine größere Aktion möglich ist. Unter Abweichung von der „Alles-oder-nichts“-d. h. Nicht-Taktik. Wir müssen die Initiative behalten, dürfen nicht stillstehen, bis die Feinde die nationale Verteidigung machen. Die angeblich früheren Erfahrungen, daß Demonstrationen die Stimmung verderben, gelten nicht für die jetzige revolutionäre Zeit, in der alles nur vorantreibend wirken muß (vgl. die Demonstrationen vom 15. und 23. 10. und vom 27. 10. nach den Sonntagsversammlungen). Wird ein stärkerer Schlag, wird alles möglich, so ist alles zu tun. Der Beschluß soll nur verhindern, daß nichts geschieht, daß alles geschieht. Er wird gegen energielosen Widerstand Barths, Däumigs und K. Müllers gefaßt.

30. Oktober. Berliner Zentralvorstand der U.S.P. lehnt Sonntagsdemonstrationen ab. „Alles oder nichts!“

## Es geht aufs Ganze

1. November abends. Spartakusbewegung. Beratung unserer Stellung zur großen Aktion.

2. November früh. Volksgewalt des Arbeiterrats: Am 3. November soll aufs Ganze gegangen werden. Wir energisch dafür.

2. November abends. Arbeiterrat: Ungünstige Stimmungsberichte der Obleute. Nachsichtigung. Die technische Vorbereitung für Montag (4. November) wird unmöglich. Antrag des Vorstands: Die Sache zu verfallen. Arbeiterrat soll Mittwoch, den 6. November, wieder zusammentreten. Es seien noch technische Vorbereitungen nötig, Organisationen usw. ergänzen. Es wird festgestellt, daß der Arbeiterrat fast nur die Metallindustrie und diese nicht vollständig umfaßt. Wenn „alles“ beschlossen werden sollte, so unser Antrag, um jedenfalls zu retten, was zu retten ist.

„Spätestens am Dienstag früh 9 Uhr in einen Massenstreik eingutreten mit daran anschließenden bewaffneten Demonstrationen unter den im Verlauf der Aktion sich steigenden Parteien: Sofortiger Frieden und Aufhebung des Belagerungszustandes — Deutschland sozialistische Republik — Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte.“

## Kleine Auslandsnachrichten

### Amerikanische Eisenbahner fordern Kriegsdienste

New York, 10. November. (Sig. Draht.) Die beiden wichtigsten Eisenbahngewerkschaften mit rund 200.000 Mitgliedern haben beschlossen, der Eisenbahngesellschaft die Forderung auf Kohnerhebung im Ausmaß der Kriegsdienste zu unterbreiten. Der Beschluß bedeutet die Einstellung einer allgemeinen Streikbewegung unter den Eisenbahnern.

### Rumänische Annäherungsversuche an Rußland

Bukarest, 10. November. (Sig. Draht.) In einer Denkschrift machte der rumänische Außenminister Ducea interessante Annäherungsversuche an Rußland. Er erklärte, trotzdem diese Staaten Rußland noch nicht anerkannt hätten, sei Rußland bereit, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen und einen Abgangsvertrag abzuschließen unter der Bedingung, daß Sowjetrußland Rumänien territorialen Verzicht anerkenne. Bekanntlich fordert Sowjetrußland über die künftige Staatsangehörigkeit der während der Revolution von Rumänien widerwillig befreiten Bevölkerung eine Volksabstimmung, der sich Rumänien mit aller Macht widersetzt.

### Schuldnerblut gegen Amerika?

Washington, 10. November. (Sig. Draht.) Der Korrespondent der „Times“ meldet, daß die Schuldnerstaaten auf große Schwierigkeiten stoßen. Diese seien noch verschärft worden durch eine offenbare Verweigerung der amerikanischen Kommission in die Presse lauchterer Meldung, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen eine allgemeine Schuldnerkonferenz in Europa einberufen werde, zu der die beteiligten Staaten eingeladen würden, die aber auch ohne ihre Teilnahme stattfinden würde. Der Vorschlag sei ein Resultat der europäischen Solidarität, die in Locarno begonnen habe.

### Sagung der internationalen Handelskammer

Paris, 10. November. (Sig. Draht.) Die Sagung der internationalen Handelskammer, die kürzlich in Paris stattfand, ist von außerordentlicher Wichtigkeit für die Märkte des Weltmarktes. Die internationale Handelskammer wird vom amerikanischen-englischen Kapital beherrscht. Den Vorsitz der Sagung führte der englische Bankier Leas. Die Spitzenverbände des deutschen Großhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels und der Zentralverband des deutschen Bankgewerbes waren an der Pariser Sagung vertreten. Im Namen Deutschlands hielt der Bankier Franz v. Mendelssohn eine längere Rede, worin er den Dawesplan und das Werk von Locarno rühmte und die internationale kapitalistische Zusammenarbeit forderte. Am gleichen Tag war die Rede des Vorsitzenden Leas gehalten. Neben den öffentlichen Reden mit ihren Reden haben ohne Zweifel noch interne Besprechungen stattgefunden, die eine Ergänzung zu den Verhandlungen darstellen, die Dr. Schacht augenblicklich in New York führt. Die Pariser Sagung der internationalen Handelskammer war ein weiterer Schritt vorwärts auf dem Weg der Weltorientierung des kapitalistischen Deutschlands.

### Beginn des Moskauer Schachturniers

Moskau, 10. November. Am Montag wurden die Teilnehmer am internationalen Schachturnier in Moskau ausgelost. Lasker und Capablanca, unbestreitbar die beiden stärksten Spieler, trafen gleich beim ersten Spiel zusammen. Bei dem Turnier spielt jeder Teilnehmer nur ein Spiel gegen jeden der anderen 21 Teilnehmer.

### Nach in Spanien eine Verdrängung

Paris, 10. November. Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Gao wird die Meldung von einer „Verschwörung“ gegen das Direktorium bestätigt. Zahlreiche Offiziere der Garnison Madrid seien verhaftet worden, u. a. der Kommandant Sanga da, der Oberleutnant Barbo, Segundo Barcia und ein Karatieroffizier. Die Nachricht von diesen am 3. November in Madrid erfolgten Verhaftungen habe in Barcelona große Erregung hervorgerufen. General Lopez Ochoa sei vor einigen Tagen aus Barcelona abgereist und werde selbst in verhaftet, es sei möglich, daß er zu den Verhafteten zählt.

## Karl Liebknecht

### über den November 1918

Genosse Ernst Meyer veröffentlicht zum Jahrestag der deutschen Novemberrevolution Aufzeichnungen Karl Liebknechts über die Vorbereitungen des 9. November, die bisher noch nicht bekannt waren. Die Aufzeichnungen geben, trotz ihrer schwermütigen Kürze, ein lebendiges Bild von dem großen Mann, den die Spartakusgruppe unter Führung Liebknechts nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus auf die revolutionären Obleute Berlin, die unter dem Einfluß der U.S.P. standen und eng mit deren Parteilinien zusammenarbeiteten, ausbildete. Liebknechts Aufzeichnungen lauten:

### Die U.S.P.

25. Oktober 1918. Der erweiterte Parteivorstand (mit Beirat) der U.S.P. beschließt, Liebknecht in den Parteivorstand zu berufen. U. ist bereit, der Berufung zu folgen, falls die U.S.P. auf einem sofort einzuberufenden Parteitag ihr Programm und ihre Taktik im Sinne der Gruppe „Internationale“ (Spartakusbund) ändern und durch entsprechende Gestaltung ihrer Leistung sichern würde. Nach längerer Verhandlung erklärte U., sich über die neueste Entwicklung der U.S.P., von der behauptet wurde, daß sie zu einer vollständigen Ueberstimmung mit den Anschauungen der Gruppe der Internationale geföhrt habe, näher unterrichten und, falls diese Prüfung zu einer anderen Stellungnahme führe, davon Mitteilung machen zu wollen. U. ersucht aber den Parteivorstand, für alle Fälle auch zu seinem Vorschlag Stellung zu nehmen. — Diese Angelegenheit ruht ferner.

### „Alles oder nichts“

Am 28. Oktober. Sitzung des Arbeiterrats. Beschluß: Bei den bevorstehenden Aktionen mit Spartakusgruppe zusammenarbeiten, separate Maßnahmen nur in gegenseitigem Einverständnis zu unternehmen; Erweiterung des Arbeiterrats durch Arbeiter-Vertrauensleute der Spartakusgruppe und mehrere Mitglieder der Spartakuszentrale (für Arbeiterrat und Volksgewalt des Arbeiterrats). Wenn nationale Verteidigung proklamiert wird, soll aufs Ganze gegangen werden. „Alles oder nichts!“

28. Oktober nachmittags. Däumig und Barth auf Liebknecht.

monstrationen unter den im Verlauf der Aktion sich steigenden Parteien: Sofortiger Frieden und Aufhebung des Belagerungszustandes — Deutschland sozialistische Republik — Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte.“

Selbstverständlich auch Flugblätter usw. an Soldaten. Weiterer Antrag von anderer Seite: Sympathie- (Solidaritäts)streik gegen die Einberufungen.

Beifall, bei dem nur die Obleute, Arbeitervertreter, abstimmen: „Alles“ mit 19 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Unser Antrag gegen 2 Stimmen abgelehnt: Solidaritätsstreik abgelehnt. Vertagung auf Mittwoch beschlossen.

### Ein „Hindernis“

3. November früh. U. bei Ledebour, Däumig usw., um doch noch für Sonntag oder Montag Arbeiterrat zu berufen, um frühere entscheidende Aktionen durchzuführen.

Am 3. November wird dies in zwei Sitzungen engerer Körperschaften abgelehnt — warten usw. Dabei wird dann U. von den beiden Vorsitzenden (der Obleute) Barth und Müller erklärt: Die Verschiebung sei nach ihrer Ansicht nichtig; es seien noch technische Vorbereitungen zu treffen usw. Selbst wenn die Abstimmung der Obleute eine Mehrheit für „alles“ ergäbe hätte, sei die Aktion ausgeschlossen gewesen, da man für diese die Gesamtstimmung wenigstens des weit überwiegenden Teils der Arbeiterschaft brauche.

Am 4., 5. November. U.'s Verlangen nach Vorschlägen vor Montag (11. November) abgelehnt. Donnerstag, Freitag seien Lohnzahlungstage. Da seien die Arbeiter nicht herauszubringen.

### Bremsschloß U.S.P.

Am 5. November. Nach Bruch mit Rußland bei Däumig und damit Sitzung des Exekutivauschusses nochmals Beschleunigung angeregt, vor allem auch Ring usw. — abgelehnt.

Am 6. November. Arbeiterrat: Ringenher Antrag U.'s am 8. Vorschlägen. Es kommt weder auf die „technischen“ Vorbereitungen noch auf die Masse von Flugblättern (d. h. der zur Aktion aufrufenden, von den Mitgliedern des Aktionsauschusses unterdrückten) an; sondern an: wenige Exemplare für jeden Betrieb genügen, wenn der Inhalt zündet.

(Schluß auf der 4. Seite.)

**Am 7. November.** Sitzung des Parteivorstands der U.S.P. und Zentral mit Vollzugsausschuss. Wir (Liebnecht und Bied) fordern: Man soll je schneller desto besser vorgehen, auch wenn das Risiko. Es stellt sich heraus, daß der Provinz durch Berliner Kuriere bestellt war, nicht vor Berlin vorzugehen.

**Verbotene Versammlungen**

beantragt Liebnecht durch Zusammenstellen der Herausforderungen nach einer Stelle zu einer großen Kundgebung zu gestalten. Der Antrag wird gegen L's und des Pöschel's Stimme abgelehnt — „alles oder nichts“, die Redner sollen nicht versuchen, trotz des Verbots zu reden; sie sollen überhaupt nicht in den Versammlungsräumen gehen; es soll nichts gehindert, aber auch nichts getan werden.

Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Müller usw. stertrop entgegen. Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet; es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen!

**Am 8. November früh.** Franke bei Liebnecht, der ihm darlegte, daß unmöglich weiter gewartet werden kann, sonst kommen uns die Regierungssozialisten noch zuvor.

**Die Massen sind nicht mehr zu halten**

Durch Volkzeit wird die geplante Vollzugsausführung gestört. — Däumig verhaftet, L. abgetrieben; Zusammentreffen L's mit Bergfeld und Dittmann, denen L. gleichfalls seine Forderung, sofort loszuschlagen, mitteilt. Die Regierungssozialisten werden uns sicher noch zuvorkommen, und uns vor der Geschichte und uns selbst blamieren.

**Am 8. November** wird endlich einstimmig sofortige Aktion auf den 9. November festgesetzt, aber abgelehnt, ein unterirdisches Flugblatt (Aufforderung dazu) zu machen. Dennoch werden am 9. früh zwei Flugblätter herausgegeben, 1. eines von Liebnecht und Meier unterzeichnet (ohne des durch die Polizei abgefangenen L's Zutun, aber mit seiner nachträglichen Bewilligung, obwohl es nicht alles Nötige erhielt); 2. eines von Borch, Ledebour, Liebnecht, Müller, Bied usw. unterzeichnet.

So kam am 9. November die Revolution — trotz aller Brems- und Verwirrungsversuche der SPD. zustande.

**Stimme aus dem Hintergrund**

**Ein Diskussionsartikel für die ober-schlesischen Genossen**  
Von Werner Kanjai.

(Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen diesen Artikel im Sonderdruck der Bezirksleitung und fordern sämtliche Genossen zur Diskussion über die von ihm enthaltenen Fragen auf.)  
(Fortsetzung)

**VI. Einige Streitfragen.**

Der Mai Streik 1924 ist leider noch keiner gründlichen Betrachtung unterworfen worden. Er bildet eine wahre Fundgrube für die Theorie und Praxis der ganzen deutschen Partei. Einige Beispiele sollen das veranschaulichen.

Die schwerindustriellen Arbeiter geschlossen in den Kampf — war unsere Parole. In etwa 14 Tagen gelang es uns, aus einem 80prozentigen Bergarbeiterstreik und 45prozentigen Metallarbeiterstreik einen 100prozentigen Generalstreik durchzusetzen. Wir fasten unsere Genossen zu stimmen, gewannen die Betriebsräte, berieten öffentliche und Betriebsversammlungen an, wangen die freien, christlichen, polnischen, jüdischen Gewerkschaften dazu, sich für den Generalstreik einzusetzen, gemeinsam mit der Union einen Aufruf an alle noch nicht streikenden Arbeiter herauszugeben, wir appellierten an die Solidarität, bombardierten die Betriebe mit Flugblättern, gingen in die Wohnungen, und wir hatten nach schwerem Ringen Erfolg.

Die Frauen in die Front! — war unser nächster Schrei. Wir wangen alle Gewerkschaften durch die Betriebsräte zu Einberufung von gemeinsamen Frauenversammlungen und fragten etwa 25000 Frauen. Dann klärten wir die Frauen auf, was Arbeitslosigkeit und höhere Löhne für Arbeiterfrau und Kind bedeuten, weshalb gerade die kommunistische Propaganda in den Geschäften, Teilnahme am Streikpotenzial, Delegationen zu den Regierungsinstituten usw. den Streik energischer unterstützen konnten. Wir lernten wie wichtig die Teilnahme der Frau an allen Kämpfen ist, auch wenn die Frau nicht direkt beruflich am Streik beteiligt ist. In der Theorie wissen wir das schon lange. Aber in die Tat umgesetzt, zeigte sich, daß die Frauen ein reiner, unverbraucher und mutiger Faktor sind, der in keinem Kampfe außer acht gelassen werden darf. Dann holten wir die Jugend heran. Mit ihrem ganzen Gewicht stellte sich die Partei hinter den kommunistischen Jugendverband und half durch Bergabe von Mitteln, einen Jugend-Streit-Kongress vorzubereiten, der beim Zusammenritt mit etwa 130 Delegierten die wirkliche Autorität besaß, im Namen von mindestens 10000 Jugendlichen zu sprechen und zu fordern.

Endlich riefen wir die Arbeitslosen auf zur Solidarität. Es ist kein einziger Fall bekannt geworden, in dem ein Arbeitsloser sich zum Streikbrecher hergegeben hat.

Gewiß, theoretisch erscheint das ja alles selbstverständlich. Aber man muß sich das als Wirklichkeit vorstellen, dann verblaßt die Phantasie, man muß es erlebt haben, welche Wucht ein Kampf hat, in dem Arbeitslose und Arbeitende, Männer, Frauen und Jugendliche in einer Front stehen, in einer Streikleitung zusammengedrängt sind und nach einem Kampfplan einigsetzt werden. Wenn man das erreicht, dann schmiedet man das Proletariat als Klasse im Kampfe zusammen und verzehnfacht seine Kräfte.

Es ist schon gesagt, wie wir eine Brücke zu den Bauern fanden. Als Letzte gewannen wir den Mittelstand, die Beamten, Angestellten und kleinen Geschäftsleute, die für uns sammelten, den Streikenden Kredit gaben und unsere Forderungen moralisch unterstützten.

Dieser großartige Kampf konnte geführt werden, weil die ober-schlesischen Arbeiter nicht — wie Genos! Scheit sie verleumbet — Anhänger der Spontaneitätstheorie waren, sondern weil jeder einzelne Schritt bis ins Kleinste durchdacht und organisiert wurde, weil die Arbeit in der Streikleitung planmäßig aufgeteilt wurde: Politische Leitung, Kasse, Ernährung, Streikbruch, Abwehr, Frauen, Jugend, Arbeitslose, weil wir immer in Angriff blieben und jeden Schlag parierten.

Die Verantwortung für diesen Kampf um den Achtlundentag lag nicht in den Händen der Arbeitsgemeinschaften. Über alles wachte und besah die Vollversammlung der Betriebs-

räte, die auch die aus Betriebsräten bestehende Streikleitung einsetzte als ausführendes Organ ihrer Beschlüsse. Unsere kommunalen Fraktionen unterstützten den Kampf in den kommunalen Parlamenten, indem sie für Gemeindefreid an die Kaufleute, für Unterstützung der Streikenden mit Lebensmitteln und für Einrichtung von Kinderbewachung sorgten.

In dieser Aktion bewies die ober-schlesische Partei, daß sie die „Rolle der Partei“ begriffen hat. Sie redete nicht über Volksempörung, sondern gab durch die Tat ein Beispiel, nichts „macht sich“ von alleine, alles muß organisiert werden.

Dieser Kampf haben wir nicht durch unsere Schuld verloren. Wir wurden geschlagen, weil uns die Eisenbahner im Stich ließen und polnische Kohle beförderten, weil unsere polnischen Genossen uns nicht rechtzeitig zu Hilfe kamen, weil die Kampffront rücksichtslos zertrümmerten, für ihre Bezirke gesondert verhandelten und sich skamlos von Ober-sch. in Losgelassen. Wir fanden nicht die Unterstützung, die Carl in England hatte. Aber wie können wir stolz sagen, wir haben ebensolange und noch mehr gelitten. Fünf Wochen stand unsere Kampffront ungedrückt, dann waren wir isoliert. So erlitten wir eine ehrenvolle Niederlage. Dem Genossen Scheit aber muß gesagt werden, daß das ober-schlesische Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei frei von jeder Revolutionsromantik war und weder „spontan“ noch „instinktiv“ zum Scheitprügel griff.

**VII. Noch einige Kleinigkeiten.**

Wie oberflächlich der für den Parteitag bestimmte Artikel ist, dafür noch kurz einige Beispiele.

In einem Atemzuge erklärt Genosse Scheit, daß dieselben Arbeiter, die angeblich instinktiv und spontan auf die Barricaden flüchten, noch „volkommen“ (glänzend dieses: vollkommen) von den Massen beherrscht werden und in ihrer Kampfkraft außerordentlich geschwächt sind. Nun, nach seiner Information sind die revolutionären Arbeiter leider nicht in Deutsch, sondern in Polnisch-Oberschlesien verblieben.

Wir werden uns bestimmt nicht rufen mit den polnischen Arbeitern, wie „revolutionär“ ist. Aber ein so zustande gekommenes Urteil müssen wir aus subjektiven und objektiven Gründen ablehnen.

Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß die gewerkschaftliche Organisation in Oberschlesien außerordentlich schwach ist. Dieser auf die Dauer unhaltbare Zustand muß geändert werden, das ist klar. Aber daraus nur mechanisch auf eine „außerordentlich geschwächte Kampfkraft“ zu schließen, ist grundfalsch. Umgekehrt steht die Frage, wie konnte das ober-schlesische Proletariat trotz der schwachen gewerkschaftlichen Organisation eine

solche Tatkraft und Entschlossenheit entfalten? Da stehen wir allerdings auf einem wichtigen Punkt. Das ist die bedeutsame Rolle, die die Betriebsräte seit langen Jahren in Oberschlesien spielten und hoffentlich in der Zukunft wieder spielen werden.

Eine weitere Frage sollte dem aufmerksamen Kritiker nicht entgehen. Wie ist es möglich gewesen, daß eine zahlenmäßig verarmte Parteiorganisationsgroße Aktionen so fest in der Hand haben konnte? — Wir begehen hier einer anderen Erscheinung: der Bergarbeiter-Union, die nunmehr laudiert ist. Diese Union arbeitet seit ihrer Gründung auf das Engste mit der Partei zusammen. Rückblickend betrachtet wir sie nicht nur eine rote Kampforganisation, sie war gewissermaßen „Zentral“ für die Partei, die mit Hilfe der Union die Gruben beherrschte, vom Betrieb aus die Aufklärung der Massen, die planmäßige Vorbereitung der Aktionen und Betriebsrätewahl sowie die Zusammenfassung der Räte betrieb. So richtig es also ist, die Union als Gewerkschaft aufzufassen und alle ihre Mitglieder der freien Gewerkschaften zuzuführen, so verhängnisvoll war es, zugleich auch den vorhandenen Organisationsapparat auseinanderzuschlagen. Dieser muß vollständig erhalten werden und kann der Grundstock für die Betriebszellenorganisation der Partei abgeben.

Über solche Kleinigkeiten kümmern große Geister wenig. Die Fälle der Fragen konnte nur knapp angehaucht werden und die einzelnen Fragen konnten im Rahmen eines solchen Artikels auch nicht umfassend festgestellt werden. Das bleibt der weiteren Diskussion überlassen. Wir können nunmehr zum Schluß.

(Schluß folgt.)

**Bericht von der Auslandsdelegation**

Einige Freiburger Kollegen bitten uns um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Der sozialdemokratische Kollege Oberhagen, Essen, Vorsitzender des Betriebsrats bei Krupp, gab hier als Mitglied der Auslandsdelegation in einer gut besuchten Versammlung einen Bericht über Russland. Sein Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Wie empfohlen allen Arbeitern Schlesien, alle Versammlungen, in denen Kollege Oberhagen noch sprechen sollte, zu besuchen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Eiche, Breslau; für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Wenig, Berlin, Druckereifiliale Breslau.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Telephon Ring 2545

---

**Wagner**  
Zuglich 8 Uhr  
Auffreten Walter Jankuhn  
**Wiener Blut**

**Stadt-Theater**  
Telephon Ring 1254 u. 6815  
**Spielplan vom 8. Nov. bis 15. Nov.**  
Sonntag, den 8. November, nachm. 3 Uhr  
Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen  
**Indine**  
abends 8 Uhr  
Montag, den 9. November, abds. 8 Uhr  
**Zieland**  
Dienstag, den 10. November, abds. 7 1/2 Uhr  
**Die lustigen Beiber von Bindlar**  
Mittwoch, den 11. November, abds. 7 1/2 Uhr  
Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
**Der Nie ende Holländer**  
Donnerstag, den 12. Nov., abends 7 1/2 Uhr  
**Jadigo und die vierzig Räuber**  
Freitag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr  
**Der Freischütz**  
Sonnabend, den 14. Nov., abds. 7 1/2 Uhr  
Erführung **Jenufa**  
Sonntag, den 15. Nov., vorm. 11 1/2 Uhr  
3. (amstliche) Morgenfeier  
**„Metaphysiques“** (Känge)  
abends 7 1/2 Uhr  
**Jadigo und die vierzig Räuber**

Gummilast Schnürriemen ohne Schließen zu binden  
**Paar 20 Piccini**  
sowie alle Sorten von Maccorriemen liefert  
**Will Lange**  
Breslau, Friedr.-Wilh.-Straße 17 II  
Händler u. Wiederverkäufer verlangen. Sond.-Off.

**Fries-Brot „Edelweiß“**  
Weiß- und Süßwaren  
in hoher Qualität  
Fritz Grieger, Mehlgasse 30

**Liebig-Theater**  
Telephon Ring 1648  
Monat November  
8 Uhr  
Zum 1. Male  
in Europa!  
**Adrian Singels**  
**10 Elefanten**  
Brüder Rigoletto  
u. Schweitern Swanton  
in ihrer  
amerikanischen Schau  
**Barbette**  
Das Wunder am  
Drachstein und Trapez

**Alex Slamer**  
Der lächerliche Komiker  
**Elli und Kati Bitter**  
Prima-Ballerinen  
vom Palace-Theater  
New-York  
**Karl Edler**  
Der räthelhafte Redner  
**Andréa und Theo**  
Exzentrisch-akrobat.  
Tanzneubelt  
**Arthur Klein**  
-Familie  
„Das explodierende  
Motorrad“  
**Will Cummin**  
Komischer Jongleur  
**Werner Amoros-Comp.**  
Ein phantastischer  
Studentenulk

**Sprechapparate**  
Reparaturen u.  
Ersatzteile.  
Mandolinen,  
Laute, Violin,  
harmon., Zieh-  
harmon., Violine,  
Tanzharmon.,  
Mücke, Weidmannstr. 17

**Lobe-Theater**  
Montag, 9. November  
abends 8 Uhr  
Dienstag, 10. November  
abends 8 Uhr  
Mittwoch, 11. November  
nachm. 3 1/2 Uhr  
Mittwoch, 11. November  
abends 8 Uhr  
Donnerstag, 12. November  
abends 8 Uhr  
Freitag, 13. November  
abends 8 Uhr  
Sonnabend, 14. November  
abends 8 Uhr  
Sonntag, 15. November  
nachm. 3 Uhr  
Sonntag, 15. November  
abends 8 Uhr

„Ueberfahrt“  
„Ueberfahrt“  
„Geschwister“ v. Goethe  
„Apfelspiel“ von Mell  
„Ueberfahrt“  
„Ueberfahrt“  
„Ueberfahrt“  
„Don Karlos, Infant von Spanien“  
„Der Kreisbretel“  
„Don Karlos, Infant von Spanien“

**Thalia-Theater**  
Montag, 9. und Dienstag,  
10. November, 8 Uhr  
Mittwoch, 11. November  
abends 8 Uhr  
Donnerstag, 12. Novbr.  
abends 8 Uhr  
Freitag, 13. November  
abends 8 Uhr  
Sonnabend, 14. Novbr.  
abends 8 Uhr  
Sonntag, 15. November  
abends 8 Uhr

Gastspiel Max Ballenberg  
„Familie Schimer“  
Gastspiel Max Ballenberg  
Zum 1. Male  
„Der Herr Minister“  
Gastspiel Max Ballenberg  
„Der Herr Minister“  
Gastspiel Max Ballenberg  
„Der Herr Minister“  
Gastspiel Max Ballenberg  
Zum 1. Male  
„Die Dampfmaschine“  
Gastspiel Max Ballenberg  
„Die Dampfmaschine“



**Franz Funkelglanz, der Stiefelputzer**  
Mit liebevoller Hingebung, mit schmerzdem Herzen und mit der aus reinem Terpentinöl und feinsten Edelmwachsen hergestellten Budo-Luxus-Paste bearbeitet Franz die eleganten Schuhe einer Dame, die ein linkscher Verehrer beim Aussteigen aus dem Auto mit ihren zierlichen Tanzschuhen gerade in den sätigsten Straßenschmutz dirigiert hat. Der Perlenglanz ihres Haarschmuckes wirkt jetzt armselig gegenüber dem Brillanzglanz ihrer Schuhe und sie lobt Franz als einen tüchtigen Mann. Sie kennt die „Budo“ und ihren gloriosen schimmern, strahlenden Hochglanz, und sie schätzt dieses vorzüglichste aller Lederputzmittel besonders deshalb, weil es, auch wenn es naß wird, nicht den Saum der hellen Kleider beschmutzt, wie das minderwertige Fabrikate tun. Im übrigen halt Budo-Luxus-Paste das Leder weich und geschmeidig, konserviert es und erzeugt den Glanz mit wunderbarer Schnelle. Budo ist in allen guten Geschäften zu haben. Verlangen Sie aber ausdrücklich Budo in der roten Dose, weisen Sie andere Marken zurück.  
**Budo-Produkt, chem. Fabrik, Schwonnegen/N.**



